



# Antrag zur digitalen Vollversammlung der Jusos Leipzig

Antragsnummer: A01

Titel: Abschlussprüfungen der letzten Jahre kostenlos veröffentlichen

Einbringer\*innen: Tony Marggraf

## **Antragstext:**

*Die Jusos Leipzig mögen beschließen und über die Landesdelegiertenkonferenz der Jusos Sachsen und den Landesparteitag der SPD Sachsen an die SPD-Fraktion im sächsischen Landtag weiterleiten:*

Derzeit sind die Abschlussprüfungen der letzten Jahrgänge, unter anderem Haupt- und Realschulabschlussprüfungen der Oberschulen, Besondere Leistungsfeststellungen und Abiturprüfungen der allgemeinbildenden und beruflichen Gymnasien und andere Abschlussprüfungen, nur auf einem Online-Portal des sächsischen Kultusministeriums<sup>1</sup> sowie in kostenpflichtigen Aufgabenheften, allen voran den "Stark-Heften", einsehbar. Hierbei eröffnen sich folgende Probleme: zum Abrufen der Prüfungen benötigt es ein Passwort, welches nur an die Schüler\*innen der Abschlussjahrgänge ausgeteilt wird. Jedoch befinden sich keine Lösungen zu den Prüfungsaufgaben auf dem Online-Portal beigelegt. Das Problem in den Aufgabenheften liegt in der Kostenpflichtigkeit jener, wodurch Schüler\*innen aus ärmeren Verhältnissen benachteiligt werden.

Die SPD-Landtagsfraktion wird aufgefordert, sich für die Aktualisierung des schon vorhandenen Online-Portals des sächsischen Kultusministeriums auf "www.schule.sachsen.de" einzusetzen. Hierbei sollen zukünftig alle Prüfungen mit hilfreichen Lösungen ohne Passwort öffentlich und kostenlos zur Verfügung stehen.

## **Begründung:**

selbsterschließend

---

<sup>1</sup> <https://www.schule.sachsen.de/119.htm>



# Antrag zur digitalen Vollversammlung der Jusos Leipzig

Antragsnummer: A02

Titel: Feminismus? Ich kenn nur Apfelmus!

Einbringer\*innen: JSAG Leipzig

## Antragstext:

*Die Jusos Leipzig mögen beschließen und über die Landesdelegiertenkonferenz der Jusos Sachsen und den Landesparteitag der SPD Sachsen an die SPD-Fraktion im sächsischen Landtag weiterleiten:*

Die Landtagsfraktion der SPD Sachsen wird dazu aufgefordert, sich dafür einzusetzen, dass das Thema Queer-Feminismus in die Lehrpläne aufgenommen wird.

Themenkomplexe sollen unter anderem sein:

- **Im Geschichtsunterricht:** Frauen\*bewegungen, Frauen\*wahlrecht, Emanzipation, die Rolle der Frau\* im Laufe der Zeit, LGBTIQ\*bewegung mit Schwerpunkt auf die letzten 50 Jahre
- **Im Geographieunterricht:** die Rolle der Frauen\* in verschiedenen Ländern unter Einbezug der demografischen und gesellschaftspolitischen Strukturen
- **Im GRW- und Gemeinschaftskundeunterricht:** Unterschied biologisches und soziales Geschlecht sowie Aufklärung über Geschlechter-Spektren anstatt Binärität, Frauen\*- und LGBTIQ\*bewegungen in Deutschland und weltweit, Rechte und Diskriminierung von Frauen\* und LGBTIQ\*<sup>2</sup> in Deutschland und weltweit, Frauen\* in der Politik, Darstellung von Frauen\* in den Medien, Gendermarketing
- **Im Religions- und Ethikunterricht:** Einfluss der Religionen auf die Rolle der Frau\* in der Gesellschaft, Diskriminierung von LGBTIQ\*-Menschen in

---

<sup>2</sup> statt des Begriffs "LGBTIQ\*" können andere Begriffe, unter anderem "Queer" oder "GSD" (gender and sexual diversity), in Erwägung gezogen zu werden

verschiedenen Glaubensgemeinschaft und in der modernen Gesellschaft, die Rolle der Frauen\* in verschiedenen Glaubensgemeinschaften

- **Im Deutschunterricht:** Frauen\* und LGBTIQ\*-Menschen in Kunst und Literatur
- **Im Biologieunterricht:** Frage der sexuellen Identifikation und Unterschied zwischen biologischem und sozialem Geschlecht sowie Aufklärung über Geschlechter-Spektren anstatt Binärität

Die Themenkomplexe sollen dabei nicht ergänzend, sondern ersetzend in die Lehrpläne eingehen.

### **Begründung:**

Die Schule, als ein zentrales Bildungsorgan der Jugend, muss schon früh anfangen, Vorurteile und Rollenbilder in der Gesellschaft abzubauen. Ein erster Schritt, um Sexismus in der Gesellschaft zu bekämpfen, ist das Verständnis zu wecken. Es muss eine Mehrheit in die Wissensgesellschaft kommen, um die Dissenzgesellschaft zu erreichen!

Aktuell haben wir einen Unterricht, in dem der Fokus oft auf männliche Autoren, Wissenschaftler oder Politiker gelegt wird, dabei fallen die Frauen\* oft weg, die trotz ständiger Diskriminierung große Errungenschaften erreicht haben.

Doch es sind genau diese starken Autorinnen, Wissenschaftlerinnen, Politikerinnen und alle anderen starken Frauen\*, die junge Frauen\* als Animation und Vorbilder in ihrer Laufbahn und ihrem Selbstverständnis benötigen. Um diese Vorbilder zu schaffen, muss der Lehrplan angepasst werden und es müssen Themenkomplexe geschaffen werden, in denen der Fokus auf starken, intelligenten und erfolgreichen Frauen\* liegt.

Zudem muss Schule eine umfassende Aufklärung schaffen, die sich nicht nur auf das veraltete binäre Geschlechterverständnis von Mann und Frau beschränkt, sondern auf alle Geschlechter und sexuelle Identifikationen eingeht. Diese Aufklärung soll dadurch, dass sie sich nicht auf die "Norm" beschränkt, alle Schüler\*innen aufklären, sie in ihrem Prozess sich selber zu akzeptieren wie man individuell ist, sowie verhaftete Vorurteile abbauen, die in unserer Gesellschaft leider grundlos vorherrschen.

Um die vorherrschenden Rollenbilder nicht zu vertiefen, sondern ihnen entgegenzuwirken, soll die Schule diese kritisch hinterfragen und auch auf die historischen Zusammenhänge und den Wandel der Rollenbilder eingehen. Dabei soll vor allem ein Fokus auf der Rolle und den Rechten der Frau\* in verschiedenen Kulturen und Zeiten und der Diskriminierung der LGBTIQ\* Bewegung liegen. In diesem Zusammenhang soll auf den Unterschied zwischen biologischem und sozialem Geschlecht eingegangen werden, um die Sinnlosigkeit der vorherrschenden Rollenbilder, vor allem in unserer heutigen Gesellschaft zu unterstreichen.



# Antrag zur digitalen Vollversammlung der Jusos Leipzig

Antragsnummer: A03

Titel: Wenn die uns prüfen, sollen die auch mal geprüft werden!

Einbringer\*innen: JSAG Leipzig

## **Antragstext:**

*Die Jusos Leipzig mögen beschließen und über die Landesdelegiertenkonferenz der Jusos Sachsen und den Landesparteitag der SPD Sachsen an die SPD-Fraktion im sächsischen Landtag weiterleiten:*

Die SPD-Fraktion wird dazu aufgefordert, sich bis zur Abschaffung der Schulnoten für folgende Regelung einzusetzen:

Lehrkräfte müssen alle zwei Jahre in ihren jeweiligen Fächern eine Prüfung ablegen. Diese Prüfung besteht aus zwei fachtypischen exemplarischen Leistungsfeststellungen, in den Fächern Kunst, Musik und Sport praktische Leistungsfeststellungen. Diese Leistungsfeststellung wurde im Vorhinein so ausgefüllt, wie sie auch von einem\*einer Schüler\*in erbracht hätte werden können, und besitzt somit sowohl korrekte als auch fehlerhafte Antworten. Die Prüfungen werden von einer Kommission zentral erstellt. Die Aufgabe der Lehrkraft ist es nun, diese vorgegebene Leistungsfeststellung zu korrigieren. Die Prüfung wird danach kontrolliert, wie viele Abweichungen es zwischen Lehrkraft und der eigentlichen Lösung gibt, diese Abweichung wird in Prozent berechnet. Bei einer Abweichung von 15% muss eine Weiterbildung mit anschließenden erneuten Eignungsprüfung absolviert werden.

Beispiel:

Eine Deutschlehrkraft korrigiert zwei Leistungsfeststellungen von insgesamt 40BE. Die Lehrkraft korrigiert diese Leistungsfeststellungen und kommt im Durchschnitt auf ein Ergebnis von 20BE. Jedoch hätte das Ergebnis 24BE lauten müssen, somit kommt es zu einer Abweichung von 4BE, beziehungsweise 16,7%. Diese Lehrkraft müsste somit in eine Weiterbildung gehen.

**Begründung:**

Bewertungen sind von Grund auf subjektiv. Um dem in der Schule entgegenzuwirken, gibt es vorgegebene Bewertungsmaßstäbe. Jedoch entsteht viel zu häufig der Anschein, dass diese von einem Teil der Lehrkräfte, sowohl absichtlich als auch unabsichtlich, außer Acht gelassen werden. Um dem entgegenzuwirken, muss dieser individuelle Bewertungsmaßstab bei jeder Lehrkraft regelmäßig überprüft werden.



# Antrag zur digitalen Vollversammlung der Jusos Leipzig

Antragsnummer: A04

Titel: Digital in die Neue Zeit! Zentrale Datenbank für Anträge und Organigramme müssen Priorität werden!

Einbringer\*innen: Peter Ambos

## **Antragstext:**

*Die Vollversammlung der Jusos Leipzig möge beschließen, mit dem Ziel der Weiterleitung an den Bundesvorstand der SPD:*

Jede\_r die\_der schonmal einen Antrag schreiben wollte wird die Situation kennen, bei der Vorstellung der eigenen Antragsidee gesagt zu bekommen, dass das Thema schon einmal auf einem früheren beschlussfassenden Treffen besprochen wurde, selbst bei bester Recherche, da der Zugang zu alten Beschlussbüchern zum Teil nur über Regionalgeschäftsstellen möglich ist, oder, im Falle von abgelehnten Anträgen, diese eventuell gar nicht mehr auffindbar sind. Diese komplizierte Form der Recherche und der Verlust von eventuell nur noch nicht ausgereiften Anträgen stellen eine große Barrier-to-Entry für ambitionierte Neumitglieder da, und schaffen eine strukturelle Bevorteiligung denen gegenüber, die alleine weil sie schon mehr Vollversammlungen, Delegiertenkonferenzen oder Parteitagen beiwohnen durften, eher wissen, was schonmal besprochen wurde und was nicht.

Ebenfalls schwierig für Neumitglieder kann es sein, zu wissen, wer, wo an welcher Stelle für was verantwortlich ist, da Organigramme von Parteistrukturen nur z.T. online verfügbar und auch nicht nach Verantwortlichkeiten durchsuchbar sind.

All diese Situationen verlangsamen die innerparteiliche Arbeit und heben die Barrier-to-Entry, wie bereit erwähnt, besonders für Neumitglieder beträchtlich.

Um diesem Problem abhilfe zu schaffen fordern die Jusos Leipzig die Erstellung einer parteiinternen Antrags- und Parteistrukturdatenbank auf Bundesebene durch den Bundespartei Vorstand. Folgende Rahmenbedingungen sollen gelten:

1. Die Datenbank soll für alle Parteimitglieder zugänglich sein.

2. Die Datenbank soll alle gestellten Anträge verzeichnen, unabhängig ob sie positiv oder negativ beschieden wurden.
3. Die Datenbank soll Organigramme zur Struktur der Partei und deren Untergliederungen enthalten, welche die Besetzung von Gremien, deren Kontaktdaten, und deren Zuständigkeiten und Aufgaben, sowie die Besetzung von Posten mit besonderen Aufgaben/Zuständigkeiten, zu denen jedes Mitglied Zugriff haben sollte, enthalten.
4. Die Datenbank ist so zu gestalten, dass sie nach Thema und Untergliederung durchsuchbar ist.
5. Den Vorständen der Untergliederungen sollen die notwendigen Möglichkeiten an die Hand gegeben werden um die Datenbank aktuell zu halten. Es soll darauf geachtet werden, dass alle Änderungen schnellstmöglich in der Datenbank festgehalten werden.

Die dezentrale Einpflegung der Daten sorgt dafür, dass nicht alle Datenpflegearbeit bei einer Person anfällt, sondern auf möglichst viele Schultern verteilt wird. Die Beachtung der schnellen Aktualisierung soll verhindern, dass aufgrund von progredienter Veralterung der Datenlage die Datenbank unbrauchbar wird.

### **Begründung:**

Auf Landesebene haben die Jusos Sachsen nun schon seit zwei Jahren den Beschluss, eine solche Datenbank einzuführen (zumindest für Anträge). Wirklich wirksam kann ein solches Projekt jedoch nur sein, wenn es auf Ebene der Bundespartei umgesetzt wird. Des Weiteren ist die aktuelle Zeit, in der zwangsläufig digitale Beteiligungsformen mehr und mehr im parteiinternen Ehrenamt ausprobiert werden ein idealer Zeitpunkt um eine solches Projekt anzugehen, da so das gemeinsame Arbeiten an Anträgen im digitalen Raum vereinfacht werden könnte. Damit einhergehen würde auch eine bessere Vernetzung der Arbeit zwischen verschiedenen Parteiuntergliederungen durch gemeinsame Arbeit an Anträgen.



# Antrag zur digitalen Vollversammlung der Jusos Leipzig

Antragsnummer: A05

Titel: Essen von Allen für Alle – vegetarische & vegane Speisealternativen auf steuerfinanzierten Veranstaltungen einfordern!

Einbringer\*innen: Peter Ambos

## **Antragstext:**

*Die Vollversammlung der Jusos Leipzig möge beschließen und an den Stadtparteitag der SPD Leipzig und die LDK der Jusos Sachsen weiterleiten, mit dem Ziel der Weiterleitung an die Fraktionen der SPD im Stadtrat, Landtag und Bundestag, sowie die Minister\_innen der SPD in Bund und Länder:*

Unsere Gesellschaft wird pluralistischer, und vegetarische und vegane Lebensweisen etablieren sich immer weiter. Laut einer YouGov/Statista-Studie aus dem letzten Jahr zufolge ernährten sich bereits 7% der Frauen und 5% der Männer vegetarisch oder vegan, und 37% der Frauen und 23% der Männer reduziert fleischhaltig (flexitarisch) oder pescetarisch. Die selbe Studie ergab, dass aber vor allem bei der kommenden Generation mehr Bereitschaft besteht auf vegetarische oder vegane Lebensweisen umzusteigen wenn (wie wir momentan sehen können) bessere Fleischersätze zur Verfügung ständen. In der Gruppe der 18- bis 24-Jährigen lag die Zustimmung dazu bei 53%.<sup>3</sup> Es würden also viele, v.A. junge Leute vegan und vegetarisch essen, wenn der Zugang zu qualitativ gleichwertigen Alternativen gewährt wäre. Viele Menschen in Deutschland achten demnach schon auf bewussten Fleischkonsum, nur leider spiegelt sich dies z.T. nicht in der Auswahl der Speiseoptionen bei aus öffentlicher Hand finanzierten oder geförderten Veranstaltungen wieder. Wichtig dabei ist auch zu wissen, dass für Menschen, die aus religiösen Gründen die in Deutschland häufig angebotenen Fleischarten oder -zubereitungsweisen nicht konsumieren möchten, eine vegetarische oder vegane Alternative hilfreich sein kann.

Deshalb fordern die Jusos Leipzig die Abgeordneten, und, insofern die Regelungskompetenz für ihr Ressort dafür bei ihnen liegt, die Minister\_innen der SPD dazu auf,

---

3 <https://yougov.de/news/2019/06/27/wie-veggie-ist-deutschland/> (abgerufen am 07.03.2020)



Gesetzes-, Verordnungs- oder Fördermittelrichtlinienvorschläge zu prüfen und einzubringen, welche regeln, dass auf jeder Veranstaltung, welche durch staatliche Organe finanziert oder gefördert wird, oder durch Parteien oder Stiftungen finanziert oder gefördert wird, welche Geld aus öffentlicher Hand erhalten, mindestens eine vegetarische und eine vegane Speiseoption zur Auswahl stehen, insofern Speisen jeglicher Art angeboten werden. Diese Forderung gilt unabhängig davon, ob die\_der Veranstaltungsteilnehmer\_in für die Speisen bezahlen muss. Des Weiteren muss die Speisealternative sowohl qualitativ als auch preislich im angebrachten Verhältnis zu den anderen Speisealternativen stehen.

### **Begründung:**

Öffentliche Veranstaltungen werden von uns allen finanziert – daher sollte auch jeder dort etwas essen können. Leider gibt es noch immer Fälle, bei denen dies nicht so ist, obwohl vegetarische und vegane Nahrungsmittel inzwischen genauso preiswert erhältlich sind wie fleischliche Lebensmittel sind. Des Weiteren sind pflanzliche Lebensmittel deutlich besser für das Klima als die meisten tierischen Produkte.

Die Umsetzbarkeit solcher Maßnahmen, zumindest in der Verwaltung, hat Bundesumweltministerin a.D. Barbara Hendricks bereits bewiesen, als sie folgendes anwies: „Dienstleister/Caterer, die Veranstaltungen des BMUB beliefern, (...) verwenden weder Fisch oder Fischprodukte noch Fleisch oder aus Fleisch hergestellte Produkte“<sup>4</sup>, verbunden mit weiteren Auflagen zu ökologischem Anbau und Regionalität.

Das letztendliche Ziel, vor allem in Hinblick auf den klimatischen Aspekt unserer Nahrungsmittelproduktion, sollte natürlich der komplette Umstieg auf pflanzliche Kost bei öffentlichen Veranstaltungen sein. Dieser Antrag soll ein erster Schritt in diese Richtung sein, und bereits so vielen Menschen mit fleischarmen oder fleischlosen Ernährungsformen eine einfachere Teilhabe am öffentlichen Leben ermöglichen.

---

<sup>4</sup> <https://www.spiegel.de/politik/deutschland/umweltministerium-serviert-bei-veranstaltungen-nur-noch-vegetarische-kost-a-1135231.html> (abgerufen am 07.03.2020)



# Antrag zur digitalen Vollversammlung der Jusos Leipzig

Antragsnummer: A06

**Titel: Demokratie lebendig machen - Amtszeitbeschränkung einführen!**

Einbringer\*innen: Mathilda Schlosser, Jonas Flegel, Felix Reinemer

## **Antragstext:**

*Die Vollversammlung der Jusos Leipzig soll beschließen und an die Landesdelegiertenkonferenz der Jusos Sachsen, den Bundeskongress der Jusos, den SPD-Bundesparteitag und die SPD-Bundestagsfraktion weiterleiten:*

Mit der Bundestagswahl 2021 wird die vierte volle Amtszeit von Angela Merkel enden. Zum zweiten Mal wird damit ein\*e Kanzler\*in 16 Jahre lang regiert haben. Ganze Generationen sind jeweils mit einer\*m einzigen Kanzler\*in aufgewachsen. Problematisch wird dies dadurch, dass auch unabhängig von Kanzler\*innenschaften viele politische Gestaltungsprozesse stark auf einzelne Personen fokussiert sind. Wahlkämpfe sind in der Regel auf den\*die jeweilige\*n Spitzenkandidat\*in einer Partei zugeschnitten. Inhaltliche Veränderungen werden fast immer mit personellen Neuaufstellungen verknüpft. Stehen dieselben Personen immer und immer wieder an der Spitze, stehen mit ihnen auch im wesentlichen immer die gleichen Positionen. Demokratie aber lebt von inhaltlichem Wechsel und personeller Diversität. Beides wird umso schwieriger, je weniger Personen in leitenden Funktionen stehen.

Als Maßnahme dagegen denkbar ist die Anzahl an Amtszeiten von Amtsträger\*innen zu beschränken. Viele politische Systeme folgen diesem Prinzip, die USA beschränken mit dem 22. Zusatz zur Verfassung die Anzahl an Amtszeiten von Präsident\*innen. Entsprechende Limits bestehen auch im deutschen System bereits an zwei Stellen: Erstens in die Wiederwahl des\*der Bundespräsident\*in nach Art. 54 II 2 GG nur einmalig möglich. Zweitens ist die Wiederwahl von Richter\*innen des BVerfG nach § 4 I, II BVerfGG von vornherein ausgeschlossen. Ausgerechnet das Amt, das am häufigsten in öffentlichen Fokus steht und (wahrscheinlich) die meiste Macht innehat ist dies nicht beschränkt.

Wir versprechen uns von einer Begrenzung der Amtszeit mehr Dynamik in politischen Debatten, eine höhere Bereitschaft für politischen Wechsel, eine breitere Beteiligung an politischen Prozessen und eine Verringerung von Machtkonzentration.

Daher fordern wir:

Der Bundestag soll eine entsprechende Änderung des Grundgesetzes und der Geschäftsordnung des Deutschen Bundestags auf den Weg bringen, die bewirkt, dass die maximale Anzahl an Amtszeiten, die ein\*e Bundeskanzler\*in im Amt sein darf, auf zwei beschränkt wird. Dies bedeutet, dass niemand, der\*die bereits zweimal vom Bundestag in dieses Amt gewählt worden ist, erneut antreten kann. Die Dauer der jeweiligen Amtszeiten soll dabei unerheblich sein.



# Antrag zur digitalen Vollversammlung der Jusos Leipzig

Antragsnummer: A07

Titel: **EU-China-Gipfel kritisch begleiten**

Einbringer\*innen: Nadja Sthamer, Julius Reim, Felix Ramberg

## Antragstext:

*Die Jusos Leipzig mögen beschließen und an die Stadtratsfraktion sowie die Landtagsfraktion weiterleiten:*

Der anstehende **EU-China-Gipfel** inmitten von Leipzig **bereitet uns Jusos Sorge.**

**Sorge** um die Menschen in der Volksrepublik China, die von einem diktatorischen Regime unterdrückt werden und massive **Menschenrechtsverletzungen** aushalten müssen. Meinungsfreiheit und Rechtsstaatlichkeit sind nicht im Interesse der chinesischen Regierung und werden deshalb unterdrückt.<sup>5</sup> Diese Form des autoritären Staatskapitalismus hat nichts mit unserem Verständnis von demokratischem Sozialismus in Freiheit zu tun - selbst wenn die herrschende Kommunistische Partei Chinas das Wirtschaftsmodell "chinesischen Sozialismus" nennt.

Auch die Lage der **Uigur\*innen**, einer muslimischen Minderheit im Westen der VR China, ist fatal. Sie werden systematisch unterdrückt, in "neuen Gulags" gefangen und gefoltert. Wissenschaftler\*innen sprechen von einem "kulturellen Genozid".<sup>6</sup> Mit den Menschen, die diese Grausamkeiten direkt zu verantworten haben, kann es keinen rein wirtschaftlichen Gipfel geben. Erst recht nicht in Leipzig, der Stadt der Friedlichen Revolution!

---

<sup>5</sup> <https://www.bpb.de/internationales/weltweit/menschenrechte/38775/china>

<sup>6</sup>

[https://magazin.spiegel.de/SP/2019/48/167093490/index.html?utm\\_source=spon&utm\\_campaign=centerpage](https://magazin.spiegel.de/SP/2019/48/167093490/index.html?utm_source=spon&utm_campaign=centerpage)

**Sorge**, dass Menschenrechte hinter **wirtschaftlichen Interessen** zurückstehen müssen. Es ist wichtig, auch mit autoritären Staaten multilateral zu beraten, um im Dialog zu bleiben. Miteinander zu reden ist eine wichtige Errungenschaft! Problematisch wird es, wenn wirtschaftliche und industrielle Zusammenarbeit stärker im Fokus stehen als die menschenrechtliche Situation, wie es in der Vergangenheit häufig der Fall war. Das stärkt die chinesischen Machthaber\*innen und schwächt den Anspruch der Europäischen Union, Frieden in der Welt zu stiften. Es ist lange her, seit die EU den Friedensnobelpreis verliehen bekam. Heute wird sie ihrem Anspruch, die Menschenrechte zu wahren und in die Welt zu tragen, selbst nicht gerecht. Dramatische Bilder wie aus den Geflüchtetenlagern in Moria bestätigen dies. Wirtschaftliche Zusammenarbeit ergibt Sinn, aber solange es auf Gipfeln wie diesem keine Sanktionsmöglichkeiten für Menschenrechtsverletzungen gibt, sehen wir diese kritisch.

**Sorge** um massive **Einschränkungen der Grundrechte**, wie wir es zum G20-Gipfel 2017 in und um Hamburg herum erlebt haben. Dass es in Hamburg keine Polizeigewalt gegeben hätte ist eine Unterstellung, die wir entschieden zurückweisen. Solche Szenen dürfen sich in unserer Stadt nicht wiederholen. Leipzig als eine Wiege der ostdeutschen Demokratie sollte hier anders handeln. Es ist zweifellos ein besonderer Moment wenn Leipzig für eine solch prestigeträchtige Veranstaltung ausgewählt wird - eine Blockierung des öffentlichen Lebens hatten wir jedoch bereits zu Genüge in diesem Jahr. Es kann nicht sein, dass Leipzigs Zentrum eine Sperrzone werden soll.

Daher fordern wir die **Stadtratsfraktion** auf

1. sich für eine Verlegung des Gipfels in Räumlichkeiten außerhalb des Stadtzentrums einzusetzen und entsprechende Anträge der grünen und linken Fraktionen mitzutragen;
2. sich bei der Versammlungsbehörde der Stadt Leipzig dafür einzusetzen, dass das Grundrecht der Versammlungsfreiheit auch während der Durchführung des Gipfels uneingeschränkt wahrgenommen werden kann.

Weiterhin fordern wir die **Landtagsfraktion** auf, die Aktivitäten der Polizei rund um den geplanten Gipfel kritisch zu beobachten sowie Kompetenzüberschreitungen und eventuelle Polizeigewalt öffentlich zu kritisieren.

Abseits dessen ist es auch an uns Jusos diesen Gipfel kritisch zu begleiten. Wir schließen uns daher dem **Bündnis "NOEUCN"** (No EU China Summit, <https://noeucn.org/>) an und werden aktiv im Bündnis mitwirken. Gemeinsam werden wir Veranstaltungen organisieren, um den Gipfel kritisch zu begleiten.



# Antrag zur digitalen Vollversammlung der Jusos Leipzig

Antragsnummer: A08

Titel: **Gegen den Faschismus!**

Einbringer\*innen: Julius Reim, Mareike Engel, Felix Ramberg, Ann-Kathrin Zierau, Niklas Hecht, Omar Alkadamani, Peter Ambos, Nicolas Laible

## **Antragstext:**

*Die Jusos Leipzig mögen beschließen:*

Die hohen Wahlergebnisse der faschistischen AfD lassen uns nicht kalt. Die selbsternannte "gesellschaftliche Mitte" radikalisiert sich immer weiter und auch in der AfD geben neonazistische Kräfte den Ton an. Rassistische und antisemitische Aussagen werden in weiten Teilen der Gesellschaft normalisiert. Es macht uns betroffen, dass die AfD bei der Stadtratswahl viertstärkste Kraft werden konnte. Diesem Trend müssen wir etwas entgegensetzen. Die AfD muss gestoppt werden, bevor sie politische Verantwortung übernehmen kann.

Unser Ziel ist es, Menschen davon abzuhalten, die AfD zu wählen. Wir respektieren das Recht auf freie, gleiche und geheime Wahl und akzeptieren, dass Wähler\*innen dieses Recht auch dazu gebrauchen dürfen, eine faschistische Partei zu wählen. Dennoch glauben wir, dass viele Menschen dies nicht aus Überzeugung tun. Informations- und Bildungsarbeit sind unsere Ansatzpunkte um über die Partei aufzuklären.

Deshalb wird der Vorstand der Jusos Leipzig beauftragt, eine öffentliche Kampagne gegen die Leipziger AfD zu planen und mit dem gesamten Verband durchzuführen. Dabei soll es um Netzwerke einzelner AfD-Mitglieder und Unterstützer\*innen gehen, von denen sehr viele enge Verbindungen in das organisierte neonazistische Milieu aufweisen. Die Kampagne soll über die Tätigkeiten der AfD Leipzig - beispielsweise im Stadtrat - informieren und Falschmeldungen der AfD aufdecken. Viele Themen, die von der AfD prominent bespielt werden, haben mit der Leipziger Lebenswirklichkeit nicht oder nur am Rande etwas zu tun, auch darauf soll die

Kampagne hinweisen. Das kann auch bedeuten, die Positionen der AfD mit den Positionen anderer Parteien - beispielsweise der SPD - zu vergleichen.

Es sind bereits viele Informationen über die Leipziger AfD verfügbar, zusammengetragen von antifaschistischen Recherchekollektiven und anderen. Darauf kann sich die Kampagne stützen und diese Informationen niedrigschwellig und verständlich aufbereiten. Wichtig ist es, dabei auf den Unterschied zwischen der Strategie der AfD (die Grenzen des Sagbaren nach rechts zu verschieben) und ihren (selten vorhandenen) konkreten Inhalten hinzuweisen.

Für uns Jusos Leipzig ist klar: Es darf keine Zusammenarbeit mit der AfD geben, auf keiner Ebene und in keiner Form. Initiativen dieser faschistischen Partei stoßen auf den entschlossenen Widerstand unseres gesamten Verbandes. Gerade in Zeiten, in denen antisemitische Verschwörungstheorien rund um die Corona-Pandemie viele Unterstützer\*innen mobilisieren lassen, ist Wachsamkeit besonders wichtig. Wir lassen der AfD ihren Rassismus und Antisemitismus nicht durchgehen.

Alerta!



# **Antrag zur digitalen Vollversammlung der Jusos Leipzig**

Antragsnummer: A09

**Titel: Gegen Kaufprämien für Individualverkehr und veraltete Antriebstechnologien**

Einbringer\*innen: Philipp Knittel, Miguel Aviles, Tony Marggraf, Milan Swarowsky

*Die Vollversammlung der Jusos Leipzig möge beschließen und an die LDK der Jusos Sachsen mit dem Ziel einer Positionierung der SPD Sachsen weiterleiten:*

Die Jusos Leipzig positionieren sich klar gegen die weitere Förderung von Individualmobilität, und insbesondere gegen eine Kaufprämie auf Automobile mit veralteter Antriebstechnologien. Die bestehenden Fördermöglichkeiten für Elektroautomobile halten wir für mehr als ausreichend um Investitionsanreize auf dem Automarkt zu schaffen.

In Zeiten der Corona Krise werden die Rufe nach Kaufprämien auf Automobile von Seiten der Autokonzerne lauter. Es wird argumentiert, dass die Autoindustrie als eine der Kernindustrien der deutschen Wirtschaft neue Impulse für den gesamten Wirtschaftskreis setzen kann.

Dies erscheint logisch, jedoch nur unter der Annahme, dass eine Kaufprämie den Absatz von Automobilen tatsächlich nachhaltig ankurbelt. Auch lässt diese Rechnung die Nebeneffekte einer einseitigen Förderung von Neuwagen außer Acht, die etwa den Vertrieb und die Wartung von Gebrauchtwagen betreffen.

Aus unserer Sicht ist eine Kaufprämie auf Neuwagen unter dreierlei Gesichtspunkten fragwürdig. Zuerst einmal ist sie nicht sozial verträglich, da die Käufer\*innengruppe von Neuwagen in der Regel über ein überdurchschnittliches Einkommen verfügen. Es mag einige Modelle geben die zu günstigeren Preisen angeboten werden, doch diese werden nicht vor Ort gefertigt und haben in der Regel kaum einen positiven Effekt auf die wirtschaftliche Entwicklung in Deutschland.



Zum zweiten ist eine Förderung von Automobilen nur sehr schwer mit der Forderung nach einer nachhaltigen Mobilität und einer besseren Entwicklung des ÖPNV vereinbar. Der private Besitz von Automobilen senkt häufig die Bereitschaft zur Nutzung des ÖPNV und verhindert so mittelbar notwendige Investitionen und einen wirtschaftlichen Betrieb der Netze.

Drittens ist der Effekt einer Kaufprämie in der derzeitigen Situation keineswegs gesichert. Der Kauf eines Automobils ist eine langfristige Entscheidung vor der, insbesondere in Zeiten wirtschaftlicher Unsicherheit lange überlegt wird. Eine Kaufprämie fördert daher in erster Linie diejenigen, die bereits vorher mit dem Gedanken gespielt haben ein neues Automobil zu erwerben und über eine langfristig tragfähige finanzielle Basis verfügen. Der positive Effekt dieser Gruppe auf die Gesamtwirtschaft ist in unseren Augen zu gering um die hohen Kosten eines solche Programms zu rechtfertigen.



# Antrag zur digitalen Vollversammlung der Jusos Leipzig

Antragsnummer: A10

**Titel: Gesundheit im Bildungssektor - Gefährdungsbeurteilungen und Gesundheitsberichte ausweiten**

Einbringer\*innen: Niklas Hecht

Antragstext:

*Die Jusos Leipzig mögen beschließen und über den Juso-Landesvorstand an den Landesparteitag der SPD-Sachsen und die SPD-Fraktion im Sächsischen Landtag weiterleiten:*

Die Belastungen von Lehrer\*innen, Erzieher\*innen und auch Dozent\*innen nehmen weiter zu. Durch die schwierige Trennung der Arbeitsplätze, zwischen dem Zuhause und der Einrichtung, der erhöhten Lärmbelastung in den Schulen oder der KiTa und dem daraus resultierenden Stress entstehen erhöhte psychische bzw. psychosomatische Belastungen, die sich in Erschöpfungserscheinungen, Müdigkeit oder Burn-out ausdrücken können. Auch die zu hohe Anzahl an Schüler\*innen pro Klasse, die professionsspezifischen Charakteristika des Berufes, wie das Gefühl Einzelgänger\*in in einem Beruf ohne „Karrierealternativen“ zu sein tragen dazu bei. Die physischen Belastungen sind nicht außer acht zu lassen, besonders durch das Heben und Tragen von Möbeln z. B. in Schulen oder KiTas.<sup>7</sup> Stress kann auch aus dem hohen bürokratischen Aufwand entstehen, den die Beteiligten stemmen müssen.

Im letzten Gesundheitsbericht der Sächsischen Bildungsagentur aus dem Jahr 2016<sup>8</sup> (!), waren an allgemeinbildenden Schulen 28.108 Lehrer\*innen beschäftigt, von denen 11.144 in Teilzeit arbeiteten und 58% ein Alter über 50 erreicht hatten. Zuzüglich von 5900 Berufsschullehrkräften. Die Zahlen der aufgrund von Eigenerkrankung auftretenden Ausfalltage stieg in den Jahren 2007-2014

---

<sup>7</sup> <https://www.gew.de/aktuelles/detailseite/neuigkeiten/hohe-belastung/>

<sup>8</sup> [https://www.smk.sachsen.de/download/download\\_smk/17\\_08\\_Gesundheitsbericht\\_2016.pdf](https://www.smk.sachsen.de/download/download_smk/17_08_Gesundheitsbericht_2016.pdf)

kontinuierlich<sup>9</sup> (16-18 Tage). Eine Burn-out-Erkrankung ist bei 2-3% der Lehrkräfte zu beobachten genauso wie die schulartspezifische Verteilung.

Ähnliches ist auch für die Beschäftigten in Kindertagesstätten zu beobachten, hier geben Daten des Forschungsberichts zur beruflichen und gesundheitlichen Situation von Kita-Personal in Sachsen aus dem Jahr 2008<sup>10</sup> (!! ) ein ähnliches Bild ab.

Für Dozent\*innen an Fachhochschule, Universitäten und Volkshochschulen liegen keine Daten vor.

Die Situation in Bildungseinrichtungen hat sich seit den Jahren 2008 und 2016 deutlich gewandelt. Mehr Kindergartenkinder, Schüler\*innen und Student\*innen müssen betreut werden, die Anzahl der beschäftigten Lehrkräfte und Betreuer\*innen kommt selten hinterher. Dementsprechend steigen die Belastungen.

Zwar sind Gefährdungsbeurteilungen gesetzlich vorgeschrieben und durch den/die Schulleiter\*in oder KiTa-Leiter\*in durchzuführen, doch ist dadurch ein Überblick über die Situation von Beschäftigten nicht gegeben. Auch wenn im Bereich der Schule Sachsen durch eine gute betriebsärztliche Abdeckung und durch regelmäßige Schulbegehungen und das daraus resultierende bundesweit erste schulische Arbeitsschutzmanagementsystem (AMANSYS) hervorsticht, bleiben andere Einrichtungen auf der Strecke.<sup>11</sup>

Wir fordern deshalb einen regelmäßigen Gesundheitsbericht, der die Gefährdungsbeurteilungen berücksichtigt, die Belastungsfaktoren und Erkrankungsbilder in Schulen und KiTas aufzeigt. Weiterhin fordern wir eine Dokumentation der Belastungen von Dozent\*innen an Universitäten, Fachhochschulen und Volkshochschulen auf deren Basis eine entsprechende Reaktion der Arbeitgeber\*innen in Form von Coachings, Weiterbildungen oder eine frühzeitige Erkennung von überhöhter Arbeitslast erfolgen kann, die vielen Lehrkräften und Beschäftigten im Bildungssektor gleichermaßen zugute kommt. Eine Ausweitung der bereits bestehenden schulischen Gefährdungsbeurteilungen auf weitere Einrichtungen und Bereiche ist für ein nachhaltiges und arbeitnehmer\*innenförderliches Gesundheitssystem notwendig.

Denn Gesundheit gibt es nicht zum Nulltarif!

### **Begründung:**

Wir Jungsozialist\*innen und auch die SPD stehen der Seite der Arbeitnehmer\*innen, deren Gesundheit besonders im Bildungsbereich von der Kindertagesstätte über die Schulen bis hin zu den Universitäten oder Berufsschulen wichtig ist. Nur gesunde Betreuer\*innen, Lehrer\*innen und Dozent\*innen sind in der Lage qualitativ gute und nachhaltige Bildungsarbeit zu leisten. Ein Umfeld, dass diese Arbeit fördert und nicht

---

<sup>9</sup> Ebd. S. 20

<sup>10</sup> <https://www.kita-bildungsserver.de/downloads/download-starten/?did=443>

<sup>11</sup> G Prodehl et al. "Beispielgebende betriebsärztliche Betreuung sächsischer Lehrkräfte" IN Ärzteblatt Sachsen 10/2018

behindert ist unser Ziel, dafür ist es wichtig zu wissen, um welche Belastungserscheinungen es sich bei Erkrankten handelt. Nicht nur deshalb ist es wichtig, eine fundierte Gefährdungsbeurteilung zu erstellen und diese auch in einem Gesundheitsbericht zu veröffentlichen.



# **Antrag zur digitalen Vollversammlung der Jusos Leipzig**

Antragsnummer: A11

**Titel: Programm zur Evakuierung von Geflüchteten auf den griechischen Inseln initiieren**

Einbringer\*innen: Felix Ramberg, Mathilda Schlosser

## **Antragstext:**

Die Jusos Leipzig mögen beschließen und an die LDK der Jusos Sachsen mit dem Ziel der Behandlung auf dem SPD-Sachsen Parteitag sowie dem SPD Sachsen Landesvorstand weiterleiten:

Erneut erleben wir an den EU-Außengrenzen, wie die Festung Europa aussieht. In unwürdigen Bedingungen werden Geflüchtete als politischer Spielball genutzt. Dabei erleben die Bundesländer seit 2016 einen massiven Rückgang der Fallzahlen, die somit freigewordenen Kapazitäten könnten zur Aufnahme von Geflüchteten genutzt werden.

Derzeit plant die schwarz-grün-rote Landesregierung keine politisch gewollte Aufnahme einer größeren Zahl von Geflüchteten von den griechischen Inseln. Das empfinden wir Jusos angesichts einer grün-roten Beteiligung als erschütternd.

Daher fordern wir die Initiierung eines Landesaufnahmeprogrammes, um Geflüchtete aus den überfüllten griechischen Camps nach Sachsen zu bringen. Die Landesregierung wird aufgefordert, alle rechtlichen Spielräume auszuschöpfen, um ggf. auch ohne Zustimmung des Bundes handeln zu können.

Gemäß § 23 Absatz 1 Satz 1 AufenthG dürfen Bundesländer „Ausländer aus bestimmten Staaten oder in sonstiger Weise bestimmte[n] Ausländergruppen“ aus „völkerrechtlichen oder humanitären Gründen oder zur Wahrung politischer Interessen der Bundesrepublik Deutschland“ aufnehmen.

Die oberste Landesbehörde verfügt hierbei über ein weites politisches Entschließungsermessen. Die Landesaufnahme darf ungeachtet eines Asylverfahrens erfolgen.

Voraussetzung für die Wirksamkeit der Landesaufnahmeordnung ist das Einvernehmen des BMI gem. § 23 Abs. 1 S. 3 AufenthG: "Zur Wahrung der Bundeseinheitlichkeit bedarf die Anordnung des Einvernehmens mit dem Bundesministerium des Innern". Der Ermessensspielraum des BMI zur Ablehnung des Einvernehmens mit einem Landesaufnahmeprogramm ist sowohl inhaltlich, als auch verfahrenstechnisch begrenzt.

Das Einvernehmenserfordernis soll den äußersten rechtlichen Rahmen für die ansonsten freie politische Entscheidung der Länder abstecken. Für die konkurrierende Bundeskompetenz nach Art. 74 Abs. 1 Nr. 4 GG gilt zugunsten der Länder die sog. Erforderlichkeitsklausel nach Art. 72 Abs. 2 GG. Danach hat der Bund nur das Recht zur Gesetzgebung, wenn und soweit die Herstellung gleichwertiger Lebensverhältnisse im Bundesgebiet oder die Wahrung der Rechts- oder Wirtschaftseinheit im gesamtstaatlichen Interesse eine bundesgesetzliche Regelung erforderlich macht.

Durch die Aufnahme einer in Quantität und Qualität definierte Gruppe von geflüchteten Menschen, besteht keine Gefahr der Verletzung der Bundeseinheitlichkeit in diesem Sinne.

Bei einer rechtswidrigen Ablehnung des Einvernehmens zu einer Landesaufnahmeordnung durch das BMI, etwa, weil es sich nicht auf die Wahrung der Bundeseinheitlichkeit bezieht, kann das Land Sachsen das Bundesverwaltungsgericht anrufen. Außerdem besteht die Möglichkeit, die Verfassungsmäßigkeit der Einvernehmensvorschrift vom Bundesverfassungsgericht überprüfen zu lassen.

Daher fordern wir:

- Das Sächsische Staatsministerium des Innern, als oberste Landesbehörde, wird aufgefordert, die Aufnahme einer zu definierenden Gruppe geflüchteter Menschen von den griechischen Inseln anzuordnen und dazu die Zustimmung vom BMI einzuholen.
- Die zu definierende Gruppe, die aus humanitären Gründen durch das Land Sachsen aufzunehmen ist, soll neben unbegleiteten Minderjährigen andere vulnerable Gruppen umfassen. Darunter sind z.B. neben religiösen Minderheiten und wegen ihrer sexuellen Orientierung diskriminierten Menschen auch Alleinerziehende und ihre Kinder, Familien, sowie Menschen

mit Erkrankungen und von Traumatisierung betroffene Menschen zu fassen. Die humanitären Gründe ergeben sich hier insbesondere aus den derzeitigen hygienischen Umständen in den Flüchtlingslagern im Hinblick auf die derzeitige Lage der Coronavirus-Pandemie.

- Sollte das BMI die Anordnung ablehnen, wird das Land Sachsen die Ziele dieses Landesaufnahmeprogrammes auf dem Rechtsweg weiterverfolgen.



# Antrag zur digitalen Vollversammlung der Jusos Leipzig

Antragsnummer: A12

**Titel: Positionierung für den Arbeitskreis „Säkulare Sozialdemokrat\*innen“**

Einbringer\*innen: Felix Ramberg, Felix Reinemer

## **Antragstext:**

Die Jusos Leipzig mögen beschließen:

Die SPD soll eine Partei sein, in der verschiedene Weltanschauungen innerhalb der Gesellschaft, deren Überzeugungen mit sozialdemokratischen Werten übereinstimmen, ihren Platz finden. Eine der großen Errungenschaften der SPD ist der gesetzliche Stand der Religionsfreiheit. Hierzu gehört aber auch die positive und negative Religionsfreiheit. Gleichzeitig war die Sozialdemokratie seit ihrer Gründung eine säkulare und religionskritische Bewegung. Schon 1869 wurde im Eisenacher Programm der SDAP die Forderung nach einer Trennung von Kirche und Staat aufgestellt<sup>12</sup>. Zur selben Zeit haben sich zahlreiche Vordenker\*innen damit auseinandergesetzt; so nimmt etwa Kritik an (organisierter) Religion einen nicht geringen Teil der Marx-Engels-Werke ein.

Obwohl sich seitdem viele Entwicklungen verändert haben, ist diese Thematik nicht irrelevant geworden. Noch immer leben wir in einer nicht vollständig säkularisierten Gesellschaft, sodass religiöse Interessen oftmals allgemeingültige Auswirkungen auf alle haben (siehe Besetzung von Aufsichtsgremien, Zuschuss staatlicher Gelder für religiöse Institutionen, etc.).

Derzeit dürfen verschiedene religiöse Gruppen ihre Interessen in Arbeitskreisen der Partei vertreten. Das sind derzeit auf Bundesebene die Arbeitskreise "Christ\*innen in der SPD", "Jüd\*innen in der SPD" und "Muslim\*innen in der SPD". Außen vor bleiben dabei zur Zeit Atheist\*innen, Agnostiker\*innen und andere religions- oder

---

<sup>12</sup> vgl. <https://www.marxists.org/deutsch/geschichte/deutsch/spd/1869/eisenach.htm> unter III 5.



bekenntnisfreie Menschen, die sich aus einer humanistischen Überzeugungen heraus in der SPD engagieren.

Ebenfalls nicht organisiert sind diejenigen Sozialdemokrat\*innen, die sich unabhängig ihrer persönlichen religiösen Überzeugungen einem säkularen bzw. laizistischen Staatsverständnis verpflichtet fühlen.

Der SPD-Bundesvorstand hat es im Jahr 2018 allerdings abgelehnt die Gründung eines entsprechenden Arbeitskreis "Säkulare Sozialdemokrat\*innen", in dem sich diese beiden Interessengruppen organisieren wollten, zu erlauben. Auch wurde ein entsprechender Antrag auf einen der letzten Landesparteitage der SPD Sachsen nicht verabschiedet.

Wir Jusos finden, solange religiösen Weltanschauungen in Form von Arbeitskreisen in der Partei Raum gegeben wird, muss dies auch sowohl säkular als auch nicht-religiös eingestellten Menschen offenstehen, um eine offizielle Vernetzung und Interessenvertretung innerhalb der SPD zu ermöglichen.

Gerade in Leipzig wollen wir in der Partei die Pluralität der Stadt wiedergeben - somit auch die Sichtbarkeit und spezifischen Forderungen der Nicht-Religiösen.

Daher positionieren wir uns gegen den Beschluss des Parteivorstandes aus dem Jahr 2018, den Antrag auf die Gründung eines bundesweiten Arbeitskreises der säkularen Sozialdemokrat\*innen abzulehnen. Gleichzeitig fordern wir den Bundesvorstand sowie alle untergeordneten Vorstände auf, die Gründung von atheistischen, agnostischen, säkularen und/oder religionskritischen Arbeitskreisen zuzulassen.



# **Antrag zur digitalen Vollversammlung der Jusos Leipzig**

Antragsnummer: A13

**Titel: Namensrechte der Partei gegenüber Neoliberalen Lobby-Vereinen durchsetzen**

Einbringer\*innen: Felix Ramberg

## **Antragstext:**

Die Jusos Leipzig mögen beschließen und an die LDK der Jusos Sachsen und den Bundeskongress der Jusos weiterleiten mit Ziel zur Behandlung auf dem SPD-Bundesparteitag:

Dem „Wirtschaftsforum der SPD e.V.“ wird untersagt, den Namen „SPD“ oder eine sonstige Bezeichnung, die eine Verbindung mit der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands unterstellt, zu verwenden. Das Justizariat der Partei wird aufgefordert dahingehend alle notwendigen Schritte zu unternehmen.

Das „Wirtschaftsforum der SPD e.V.“ bezeichnet sich selbst als „unabhängiger unternehmerischer Berufsverband“ und habe „als eigenständig eingetragener Verein keine finanziellen, personellen oder strukturellen Verbindungen zu einer politischen Partei“. (vgl. Website<sup>13</sup>)

Des Weiteren weigert sich das Forum den verschärften Transparenzregeln der SPD zu folgen und Sponsoring-Beiträge offenzulegen.

Es ist nicht hinnehmbar, dass ein eigenständiger (Lobby-)Verein ohne Verbindung zur SPD diesen Namen missbraucht. Es sollte im natürlichen Interesse der Partei liegen, ihren Namen und die Bezeichnung „Sozialdemokratie“ vor Missbrauch zu schützen, wie dies auch in der Vergangenheit bei ähnlichen Akteuren geschehen ist.

---

<sup>13</sup> <https://www.spd-wirtschaftsforum.de/das-wirtschaftsforum/ueber-uns/>



# Antrag zur digitalen Vollversammlung der Jusos Leipzig

Antragsnummer: A14

Titel: Fixit yourself – Reparatur muss für jede\*n möglich sein

Einbringer\*innen: Miguel Avilés

*Die Vollversammlung der Jusos Leipzig möge beschließen und an die Landesdelegiertenkonferenz der Jusos Sachsen, die Bundesdelegiertenkonferenz der Jusos, den Bundesparteitag der SPD, sowie die SPD-Bundestagsfraktion und die Gruppe der Europaabgeordneten der SPD im Europäischen Parlament weiterleiten:*

Die Technik hat in den letzten Jahren Quantensprünge gemacht, mit der Entwicklung hat sich aber auch ein sehr erschreckender Trend abgezeichnet: Hersteller\*innen versuchen durch verschiedenste Tricks nicht nur Verbraucher\*innen sondern sogar auch freie Werkstätten auszusperren. Sie geben Verbraucher\*innen nur zwei Möglichkeiten: entweder sie schicken Geräte wie Haushaltsgeräte, Handys oder Laptops in die Hersteller\*inneneigene Reparaturzentrale welche diese zu überdimensionalen Preisen intransparent reparieren oder die Verbraucher\*innen müssen sich ein neues Gerät kaufen. Damit muss Schluss sein! Wir fordern mit folgendem Maßnahmenkatalog:

- das zwingende Anbieten eines Reparaturhandbuchs für jedes zum verkauf stehende Elektrogerät
- spezifisch für Handys und Tablets
  - den Zwang zu einem Display-first Design , d.h. das Display ist als erstes Teil in 1-2 Arbeitsschritten auszubauen, direkt danach muss in 1-2 weiteren Handlungsschritten der Akku aus dem Gerät entfernbar sein, sodass die häufigsten Reparaturgründe ein zersprungenes Display und ein kaputter Akku in wenigen Minuten ausgetauscht werden können. Kabel zur Displayseite müssen sich alle an einer Geräteseite befinden.
  - Das Display ist mit 1-2 Schrauben und bei wasserfesten Handys mit einem Dichtring zu befestigen. Komplettverklebte Displays sind

nichtzulässig, da diese den Vorgang der Reparatur erschweren und die Gefahr bieten, dass das Display während der Reparatur Schaden nimmt.

- Spezifisch für Laptops und Desktopgerät:
  - RAM, CPU, Grafikchip, Netzwerkchip und Speicher dürfen nicht verlötet sein, sondern müssen vom Laien austauschbar sein, ohne die Garantiebestimmungen zu verletzen. RAM, Netzwerkchip und Speicher dürfen nicht proprietär sein oder mit proprietären Steckern verbunden sein.
- Akkumulatoren müssen entweder mit Schrauben oder Klebestreifen mit „Pull-Tabs“ befestigt werden. Die Pull-Tabs dürfen während des Entfernvorganges nicht reißen.
- Akkumulatoren müssen leicht entfernbar sein, um Austausch und Recycling zu ermöglichen. Ein Einbauen an unzugänglichen Stellen oder Verkleben mit nichtlöslichen Kleber ist unzulässig. Ein Austausch ohne Beschädigung des Geräts muss auch für Laien möglich sein.
- Alle Bauteile werden mit Clip-Kabeln/Steckverbindungen im Gerät miteinander verbunden verlötete Bauteile sind unzulässig
- Proprietäre Schraubentypen werden verboten, die einzig Zulässigen Schraubenköpfe besitzen den Typ „Philips“, „Pozidriv“, „Torx-T“ oder „Torx-T-Security“
- Hersteller\*innen müssen alle Bestandteile des Geräts als Ersatzteile anbieten, Der Gesamtwert der Ersatzteile darf den Gesamtwert des Gerätes nicht überschreiten
- Das Pairing von Bauteilen mit dem Gerät ist Unzulässig. Beim Austauschen von Bauteilen muss das neue Bauteil alle Funktionen des alten ohne Pairing erfüllen.
- Bei Geräten müssen alle externen Steckverbindungen wie USB-, Klinke- oder Stromstecker einzeln austauschbar sein. Dies gilt auch für alle Knöpfe.

- Keinerlei Bauteile dürfen im Gerät miteinander verklebt sein.
- Alle Bauteile müssen im Geräte so einfach wie möglich erreichbar sein
- Für externe Steckverbindungen werden Europaweite Standards geschaffen
- Gehäuse müssen für sich allein stehen, es dürfen keine Bauteile an es geklebt werden, davon ausgenommen sind mit „Pull-Tabs“ befestigte Akkumulatoren und Bauteile für kontaktloses Laden.